

Familienmodelle: Faire Lösung in weiter Ferne

MANUELA SCHÄDLER

VADUZ. Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein Thema, das Liechtenstein seit Längerem bewegt. Doch hat sich die Diskussion in letzter Zeit verfahren. Die verschiedenen Familienmodelle werden gegeneinander ausgespielt. Wie es scheint, kann eine allgemeine faire Lösung nicht gefunden werden. Nur gezielte Förderungen soll den Familien weiterhelfen. Dabei steht die Wahlfreiheit an oberster Stelle,

wie die Landtagsdebatte anlässlich der Aktuellen Stunde zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigte. Denn es gibt Familien, die es sich nicht leisten können, ihre Kinder selbst zu betreuen.

Kindergeld: Flexible Auszahlung

Während der Debatte wurde auch der Mutterschaftsurlaub diskutiert. Viele berufstätige Frauen wünschen sich, dass sie sich länger ausschliesslich um die Kinder kümmern können, als

die Karenzzeit von 20 Wochen ermöglicht. Oft fällt es ihnen schwer, Kleinkinder in fremde Hände zu geben. Es besteht die Möglichkeit, zusätzlich einen unbezahlten Elternurlaub von vier Monaten in Anspruch zu nehmen. Dies kann sich jedoch nicht jede Mutter oder jeder Vater leisten. «Meines Erachtens ist es politisch derzeit nicht realistisch, einen vom Arbeitgeber bezahlten Elternurlaub einzufordern», sagte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini. Er zeigt

aber auch eine mögliche Lösung auf: «Alternativ wäre ein Wahlrecht beim Bezug des Kindergelds denkbar. Das heisst, während den vier unbezahlten Monaten wird ein erhöhtes Kindergeld ausgerichtet. Dafür wird es aber für die restliche Bezugsdauer entsprechend gekürzt.» Dieser Vorschlag wurde vor allem von der Freien Liste wohlwollend aufgenommen. «Ich bitte Sie, dies genauer zu prüfen», sagte FL-Abgeordnete Helen Konzett Bargetze. ▶ LANDTAG 5-7

«Auch die Wirtschaft muss ihren Teil leisten»

MANUELA SCHÄDLER

VADUZ. Anlässlich der Aktuellen Stunde hat der Landtag das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutiert. «Wo harzt es und was braucht es?» Diese Frage stellte die Freie Liste in den Raum, welche das Thema für die Aktuelle Stunde gewählt hatte.

Wo es harzt, dies zeigte die Debatte schnell: Die Meinungen zur Förderung verschiedener Familienmodelle gehen auch unter den Landtagsabgeordneten weit auseinander. Das Rollenbild der Frau im Berufsleben und auch die ausserhäusliche Kinderbetreuung werden hinterfragt. «Wenn man die Debatte um die Wahl eines Lebensmodells verfolgt, bekommt man den Eindruck, dass die Platte einen Sprung hat. Es scheint um unüberbrückbare Glaubensfragen zu gehen», brachte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini die emotionale Diskussion – nicht nur im Landtag – auf den Punkt.

Keine Wertschätzung?

Weiters betonte er, dass es bei der landesweiten Diskussion meist um Wertschätzung gehe. Weil der Staat Kita-Plätze subventioniert, fühlen sich viele Mütter, welche nicht arbeiten, nicht wertgeschätzt. «Fälschlicherweise», wie Pedrazzini betont. «Ich denke, dass dies ein zentrales Problem der Diskussi-

on darstellt, welches überwunden werden muss», fügte er an.

Niemand soll sich rechtfertigen

VU-Landtagsabgeordneter Christoph Beck stellte sich hinter jene Familien, bei denen sich ein Elternteil der Familienarbeit widmet. «Das Wort Herdprämie höre ich oft. Hoffentlich heute nicht, denn das ist mehr als nur despektierlich gegenüber jemandem, der rund um die Uhr seiner Aufgabe nachkommt», sagte er. Es ärgere ihn, dass Vollzeitmütter sich schon fast entschuldigen müssen, dass sie nicht ausser Haus arbeiten gehen.

Dies sieht der Gesellschaftsminister Pedrazzini ebenfalls problematisch – allerdings auf beiden Seiten: «Müttern, die erwerbstätig sind, werden ebenfalls Vorwürfe gemacht, sie seien schlechte Mütter. Solche Sticheleien vergiften die Diskussion.»

Wahlfreiheit gewünscht

In einem waren sich die Abgeordneten gestern jedoch einig: Die Familien sollen zwischen den Familienmodellen wählen können. Doch war wiederum umstritten, wie die Wahlfreiheit ermöglicht werden soll. «Für Familien, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens keine Wahlfreiheit haben, wirkt dieses Wort wie eine Ohrfeige. Wahlfreiheit kann es nur geben, wenn die Rahmenbedingungen gerecht sind», betonte Christoph Beck

(VU). Auch VU-Abgeordneter Thomas Vogt appelliert an die Wahlfreiheit: «Leider werden aber die Modelle in der aktuellen Diskussion gegeneinander ausgespielt», sagte er. Rainer Gopp (FBP) gab jedoch zu bedenken, dass ein absolut faires System nicht geschaffen werden könne.

Potenzial nutzen

Dass die Gesellschaft im Wandel ist und traditionelle Familienmodelle immer mehr verdrängt werden, dessen sind sich viele der Abgeordneten bewusst. Bei über der Hälfte der Familien in Liechtenstein sind beide Elternteile berufstätig. «Wenn wir also die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen, fördern wie auch die Qualität der Kinderbetreuung», sagte Wolfgang Marxer, Landtagsabgeordneter der Freien Liste.

Auch soll das inländische Potenzial der Arbeitskräfte genutzt werden: «Wir müssen als Gesellschaft dafür sorgen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur schon aus wirtschaftlichen Gründen gegeben ist», sagte Thomas Lageder von der Freien Liste und sprach dabei auch den Fachkräftemangel an. «Es ist die Aufgabe des Staates, sicherzustellen, dass sich die getätigten Bildungsinvestitionen rechnen können und dass Eltern der Zugang zum Arbeitsmarkt möglich ist», fügte er an.

Dass der Wirtschaftsstandort



Bild: Daniel Ospelt

VU-Abgeordneter Christoph Beck: «Ich möchte über all jene Familien – und dazu gehören heute auch alleinerziehende Mütter und Väter und Erwachsene mit pflegebedürftigen Eltern –, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens keine Wahlfreiheit haben, sprechen.»

davon profitiert, wenn Mütter weiterhin erwerbstätig sind, dessen sind sich auch andere Abgeordnete bewusst: «Wenn die Wirtschaft es aber für so überlebenswichtig hält, dass auch Eltern dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, dann muss auch sie ihres dazutun und beispielsweise Kita-Plätze finanzieren», sagte Christoph Beck (VU). Auch DU-Abgeordneter Harry Quderer ist der Meinung, dass die Industrie und das Gewerbe zur Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung beitragen sollte. «Der Staat sollte sich komplett aus der Vereinbarkeit von Familie und Beruf heraushalten. Dies wäre die fairste Lösung», sagte er. FBP-Abgeordneter Rainer Gopp plädiert hingegen für eine finanzielle Unterstützung des Staates, um Eltern die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf zu ermöglichen. «Jedoch muss dies eine gezielte Unterstützung von Einrichtungen sein», sagte er.

Kindergeld mögliche Lösung?

Auch der Elternurlaub wurde gestern im Hohen Haus diskutiert. «Die schwierigste Zeit für Eltern, die erwerbstätig bleiben wollen, ist wohl die Zeit nach der Karenz, sprich, wenn das Kind erst wenige Monate alt ist, und beim Kindergarten-Eintritt. In dieser Zeit muss die Organisation der Kinderbetreuung vollständig von den Eltern übernommen werden», sagte Thomas Vogt (VU). Vor allem jene Eltern, die eine ausserhäusliche Betreuung organisieren müssen, würden schnell auf Hürden stossen. Dazu machte auch der Gesellschaftsminister Mauro Pe-

drazzini einige Ausführungen und schlug eine Neuausrichtung des Kindergeldes vor. So könnten Eltern das Kindergeld im unbezahlten Elternurlaub vorbeziehen, um diese Zeit finanziell zu überbrücken.

Die Debatte im Landtag um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – welche erstaunlicherweise hauptsächlich von Männern geführt wurde – zeigte auf, dass einiges in dieser Sache getan werden muss. Doch die Frage wie, konnte nicht konkret geklärt werden. Flexible Arbeitsmodelle, Subventionierung von Kinderbetreuungsplätzen und vor allem das Umdenken in den Betrieben selbst waren einige Vorschläge der Abgeordneten. Die erste konkrete Diskussion steht schon bald mit der Kita-Vorlage an.



Archivbild: Daniel Schwendener

FL-Abgeordneter Thomas Lageder: «Es ist die Aufgabe des Staates, sicherzustellen, dass sich die getätigten Bildungsinvestitionen rechnen können.»



Bild: Daniel Ospelt

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini: «Um die Rolle des Staates zu definieren, braucht es ein gewisses gemeinsames Grundverständnis des gesellschaftlichen Zusammenlebens.»



Aufruf

«Die Diskussion um die Kinderbetreuungsmodelle muss geführt und es müssen Lösungen gefunden werden. Aber nicht auf Kosten der Kitas», sagte FL-Abgeordnete Helen Konzett Bargetze in der Aktuellen Stunde zum Thema «Ver- einbarkeit von Familie und Beruf».